

**Preußen und Oesterreich.**

Von dem Tage an, wo Preußen im Bunde mit Oesterreich die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage unternahm, haben die Gegner unserer Regierung, welchen diese Verbindung von vorn herein ein Uergerniß war, fort und fort verkündet: es könne damit nicht ernst und aufrichtig gemeint sein, Oesterreich werde bei erster Gelegenheit Preußen im Stich lassen und alle Bestrebungen für Schleswig-Holstein vereiteln.

Man erinnert sich, wie die Fortschrittspartei, als die ersten Oesterreicher durch Preußen nach Schleswig zogen, den Unmuth der Bevölkerung gegen dieselben zu erregen und sogar ihre Unterbringung zu verhindern suchte, — wie sodann in den demokratischen Blättern ein heimliches Einverständnis der Oesterreicher mit den Dänen behauptet und der Rückzug aus dem Danewerk als etwas heimlich Abgetartetes dargestellt wurde. Selbst die harten und ruhmvollen Kämpfe, welche die Oesterreicher ja noch früher als die Preußen zu bestehen hatten, ließen jene Verleumdungen nicht gänzlich verstummen. Vornehmlich aber richteten die Fortschrittsleute ihre Hoffnungen und Vorhersagungen darauf, daß beim weiteren Vorgehen Preußens der Zwiespalt mit Oesterreich ausbrechen müsse. Sowie es galt, einen wichtigen Schritt vorwärts zu thun, verkündeten jene unheimlichen Propheten mit der größten Zuversicht, daß nunmehr das unhaltbare Bündniß auseinander fallen müsse. Dies hörte man behaupten, als der Krieg über Schleswig hinaus auf Jütland ausgedehnt werden sollte, dann wieder während der Londoner Konferenzen, und besonders vor dem Wiederbeginn der Feindseligkeiten. Jedesmal wußten die demokratischen Politiker ganz bestimmt, daß Oesterreich nicht mehr weiter mit Preußen gehen wolle, und zum Beweise beriefen sie sich immer darauf, daß die (von ihren guten Freunden geschriebenen) Wiener Zeitungen und Briefe dasselbe behaupteten. Alle diese Weissagungen aber wurden immer und immer wieder kläglich zu Schanden; je weiter die beiden Mächte gemeinsam vorschritten, desto fester und inniger wurde ihre Verbindung, weil sie sich durch die thatsächlichen Erfolge beiderseitig immer mehr überzeugten, wie ihr festes Zusammenhalten ihre eigene Machtstellung in Europa und das Gewicht Deutschlands erhöhte. Diese Ueberzeugung war es, die sodann bei den Zusammenkünften in Karlsbad und in Schönbrunn die beiden Monarchen und die Minister Preußens und Oesterreichs zu einer noch innigeren Gemeinschaft und zu dem festen Entschlusse verband, statt der Eifersucht, welche so lange die Kraft beider Staaten und den Einfluß Deutschlands gelähmt hatte, fortan in echter Bundestreue die gemeinsamen deutschen Interessen zu fördern.

Raum aber hat diese Bundesgenossenschaft einen Erfolg für Deutschland errungen, wie man ihn so glänzend und so vollständig nicht zu träumen gewagt hatte, so verkünden jene Unglücks-Propheeten schon wieder: nun sei es aus mit der Freundschaft, jetzt werde der Streit um die Beute des Kampfes entbrennen und Oesterreich schicke sich namentlich an, alle Wünsche und Hoffnungen zu vereiteln, welche Preußen an die künftigen Einrichtungen der eroberten Herzogthümer knüpfe.

Als ein Anzeichen dafür soll der Rücktritt des österreichischen Ministers Grafen Rechberg gelten, welcher seit Jahr und Tag die freundschaftlichen Beziehungen mit Preußen gepflegt hatte: seine Entlassung, sagt man, sei der beste Beweis, daß seine Politik, mithin auch die Gemeinschaft mit Preußen aufgegeben werden solle.

Zwar wurde hiergegen alsbald versichert, daß der Ministerwechsel auf ganz anderen Ursachen beruhe, und daß der neue Minister, Graf Mensdorff, auch seinerseits der Verbindung mit Preußen aus voller Ueberzeugung zugeneigt sei. Aber das stört jene falschen Propheten nicht in ihrer Zuversicht; sie sagen: Graf Mensdorff stelle sich nur vorläufig so an, um nicht mit einem Male mit uns zu brechen, aber es werde sich bald zeigen, daß er die Gemeinschaft mit Preußen doch ganz anders verstehe, als Graf Rechberg, und daß Oesterreich jetzt im Verein mit den Mittelstaaten Alles thun werde, um Preußens Absichten in Betreff der Herzogthümer zu Schanden zu machen. Das zeige sich ja schon jetzt in der Uneinigkeit Preußens und Oesterreichs über das weitere Verbleiben der Bundesstruppen in Holstein.

Während man aber von der eingetretenen Spannung zwischen

Preußen und Oesterreich Allerlei zu erzählen weiß, besteht doch in Wahrheit dasselbe freundschaftliche und vertrauensvolle Verhältniß zwischen den beiden Regierungen wie zuvor. Weder durch den Ministerwechsel, noch durch die in letzter Zeit hervorgetretenen Fragen ist augenscheinlich auch nur das Mindeste in dem beiderseitigen Willen und in der Möglichkeit einer ferneren herzlichen Bundesfreundschaft gestört. Es versteht sich von selbst, daß zwei Regierungen, wenn sie wichtige Entscheidungen gemeinsam zu treffen haben, nicht immer gleich im ersten Augenblicke auf dieselbe Meinung haben, so wenig wie innerhalb einer und derselben Regierung die Ansichten aller Mitglieder immer von vorn herein über jede Frage ganz dieselben sind. Es kommt eben nur darauf an, daß auf beiden Seiten der redliche Wille vorhanden sei, sich über die abweichenden Auffassungen um des gemeinsamen Interesses und Ziels willen zu verständigen. Dieser aufrichtige Wille, welcher die beiden Mächte bisher über alle Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten hinweggeführt hat, besteht nach wie vor in voller Kraft, und es ist nicht der geringste Grund vorhanden, daran zu zweifeln, daß die Gemeinschaft, welche bereits so schöne Früchte für Deutschland gebracht hat, in ungeschwächter Bedeutung und so Gott will zum allseitigen Vortheil und Gedeihen Preußens und Oesterreichs, sowie ganz Deutschlands fortbesteht.

**Die Friedens-Urkunde**

ist jetzt in ihrem Wortlaut veröffentlicht worden. Dieselbe besteht aus 24 Artikeln und zwei angehängten besondern Protokollen. Das Wichtigste daraus ist Folgendes:

Se. Majestät der König von Dänemark verzichtet auf alle seine Rechte auf die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg zu Gunsten Ihrer Majestäten des Königs von Preußen und des Kaisers von Oesterreich, indem er sich verpflichtet, alle Anordnungen, welche die genannten Majestäten in Bezug auf diese Herzogthümer treffen werden, anzuerkennen.

Da mehrere Stücke von Jütland innerhalb der Grenzen Schleswigs liegen, so hat man es für zweckmäßig erachtet, daß diese Stücke an Schleswig abgetreten werden, wofür Dänemark durch ein angemessenes Gebiet in Nordschleswig entschädigt wird.

Einen Haupttheil der Friedens-Urkunde bildet (in 10 Artikeln) die Ordnung der Geldangelegenheiten. Zunächst soll die Staatsschuld des seitherigen dänischen Gesamtstaates mit Rücksicht auf die Bevölkerungszahl in der Art vertheilt werden, daß die Herzogthümer die runde Summe von 29 Millionen dänischer Reichsthaler (4 Thlr. dänisch sind gleich 3 Thlr. preussisch) übernehmen. — Neben anderen Geldlasten von minderer Bedeutung, welche auf den Herzogthümern verbleiben, haben diese die gesamten Kriegskosten an Preußen und Oesterreich zurückzahlen. — Was die durch den Krieg entstandenen Eigenthumsverluste betrifft, so giebt Dänemark sämtliche gekaperte preussische, österreichische und deutsche Schiffe sammt den Ladungen, ferner das auf neutralen Schiffen mit Beschlagnahme belegte Eigenthum preussischer, österreichischer und deutscher Unterthanen, so wie die in den Herzogthümern weggenommenen Schiffe entweder heraus oder leistet baare Entschädigung, auch für die seit der Wegnahme etwa entstandene Werthverminderung jener Gegenstände. Ebenso müssen die Rheder und Befrachter der Schiffe und die Eigenthümer der Ladungen für alle Unkosten und Verluste, welche sie in Folge der Beschlagnahme erlitten haben, schadlos gehalten werden. Dagegen werden Preußen und Oesterreich die weggenommenen Handelsfahrzeuge und deren Ladungen, so weit diese Privatpersonen gehören, außerdem auch die in baarem Gelde in Jütland erhobenen Contributionen zurückerstatten.

In Betreff ihrer Handelsbeziehungen werden Dänemark und die Herzogthümer einander gegenseitig auf dem Fuße der meistbegünstigten Nationen behandeln. Die Räumung Jütlands durch die allirten Truppen erfolgt spätestens 3 Wochen nach Ratification des Friedensvertrages. Niemand soll wegen seines politischen Verhaltens während der letzten Ereignisse irgendwie verfolgt